



Soziales | Gesundheit | Bildung | Kultur | Heimat | Umwelt

Einkommen und Vermögen Modellprojekt BTHG

ausgewählte Praxisbeispiele –Webinar 17.03.2021

Soziales | Gesundheit | Bildung | Kultur | Heimat | Umwelt

bezirk  oberbayern

Abkürzungen

Abs.	Absatz
abzgl.	abzüglich
ALG	Arbeitslosengeld
Art.	Artikel
BTHG	Bundesteilhabegesetz
BVG	Bundesversorgungsgesetz
BVK	Bayerische Versorgungskasse
ca.	circa
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen
EGH	Eingliederungshilfe
EK	Einkommen
EMR	Erwerbsminderungsrente
EStG	Einkommenssteuergesetz
etc.	et cetera
ff.	fortfolgende
ggf.	gegebenenfalls
i.S.d	im Sinne des/der

Abkürzungen (2)

i.H.v.	In Höhe von
Kap.	Kapitel
KOB	Kostenbeitrag
ld.	laufend
LP	leistungsberechtigte Person
lt.	laut
mtl.	monatlich
nichtselbst.	nichtselbständig
Nr.	Nummer
S.	Satz
SGB II	Sozialgesetzbuch Zweites Buch
SGB IV	Sozialgesetzbuch Viertes Buch
SGB IX	Sozialgesetzbuch Neuntes Buch
SGB XII	Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch
soz.vers.pfl.	sozialversicherungspflichtig
VM	Vermögen
z.B.	zum Beispiel

Agenda

1. Begrüßung
2. Einblick Projektarbeit
3. Exkurs: Prüfungsreihenfolge Kostenbeitragsberechnung
4. Vorstellung Praxisbeispiele
5. Zusammenfassung – Problemfelder Praxisanwendung
6. offene Fragerunde 15 Minuten
7. Verabschiedung

Hintergrund

- **seit 2018 Teilnehmer am Modellprojekt BTHG**

Art. 25 BTHG "...Umsetzungsunterstützung"

(3) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fördert in den Jahren 2017 bis 2021 Projekte zur modellhaften Erprobung von ausgewählten Trägern der Eingliederungshilfe der zum 01.01.2020 gültigen Verfahren und Leistungen.

(4) Dabei sollen insbesondere die finanziellen Auswirkungen der
1. verbesserten **Einkommens- und Vermögensanrechnung**
2.-6. ...
untersucht werden.

- **Evaluation von ca. 600 Fällen im Rahmen der modellhaften Erprobung**
- **ca. 230 Echtberechnungen im Jahr 2020**

Kostenbeitragsberechnung

Prüfungsreihenfolge:

§ 135 Abs. 1

- 1.) Über welche Einkünfte verfügte die LP im Vorvorjahr?
- 2.) Handelt es sich hierbei um Einkünfte i.S.d. § 2 Abs. 2 EStG und/ oder Renteneinkünfte?

§ 135 Abs. 2

- 3.) Weichen diese Einkünfte wesentlich von den aktuellen Einkünften ab?
Wenn ja, welche Einkünfte werden voraussichtlich im aktuellen Jahr erzielt?

Kostenbeitragsberechnung

§ 136 Abs. 2 Nr. 1-3

4.) Handelt es sich überwiegend um

- a) Einkünfte aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung oder selbstständiger Tätigkeit?
- b) Einkünfte aus nicht sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung
- c) Renteneinkünfte?

§ 136 Abs. 3 und Abs. 4

5.) Nicht getrennt lebender Ehegatte /Lebenspartner/Partner vorhanden?

Wenn ja, **Prüfschritte 1-4** mit dessen EK wiederholen!

Kostenbeitragsberechnung

- 6.) Übersteigt das Partnereinkommen dessen Einkommensgrenze?
- 7.) Ist aufgrund des Partners die Einkommensgrenze der LP zu erhöhen?
- 8.) Sind für Kinder Erhöhungsbeträge anzurechnen?
- 9.) Übersteigt das Einkommen der LP die errechnete Einkommensgrenze?

Wenn ja, sind hiervon 2%, abgerundet auf volle 10 Euro als Kostenbeitrag monatlich auf die Leistungen der Eingliederungshilfe anzurechnen.

Praxisbeispiel 1 – Waisengeld

Die LP erhält EGH und musste bis 12/19 einen KOB in Höhe von monatlich 200 € leisten.

Bruttoeinkünfte im Vorvorjahr 2018:

- volle EMR: 20.000 € brutto/Jahr
- Waisengeld: 6.000 € brutto/Jahr

Die Einkünfte haben sich lediglich im Rahmen der jährlichen Rentenanpassungen erhöht.

Frage: In welcher Höhe muss die LP einen KOB ab 01.01.2020 zahlen?

Lösungsbeispiel 1 - Waisengeld:

1. Schritt: volle EMR = sonstige Einkünfte § 22 Nr.1 EStG
Waisengeld = Einkünfte nichtselbst. Arbeit § 19 Abs.1 S.1 Nr.2 EStG

2. Schritt: berechnungsrelevante Jahresbruttoeinkünfte 2018

• volle EMR abzgl. Werbungskosten 102 € (§ 9a Satz 1 Nr.3 EStG)	19.898 €
• <u>Waisengeld abzgl. Werbungskosten 102 € (§ 9a Satz 1 Nr.1b EStG)</u>	<u>5.898 €</u>
Jahresbrutto gesamt	25.796 €

3. Schritt: überwiegendes Einkommen aus Renteneinkünften

Einkommensgrenze § 136 Abs.2 Satz 1 Nr. 3 SGB IX: **22.932 €**

(60% der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs.1 SGB IV; Jahr 2020 West: 38.220 €)

4. Schritt: übersteigendes Einkommen: 2.864 €

KOB ab 01.01.2020 (2% von 2.864 € = 57,28 €; abgerundet auf volle 10 €) 50 €

→ Bestandsschutz nach § 150 SGB IX beachten !

Als „erheblich“ werden Abweichungen wie z. B. eingetretene Arbeitslosigkeit, Rentenbeginn oder Wechsel des Arbeitsverhältnisses von Voll- in Teilzeitbeschäftigung angesehen.

Reine Einkommenschwankungen bei unveränderter Beschäftigungssituation (also z. B. reguläre Gehaltserhöhungen) oder reguläre Rentenanpassungen sollen mit der Formulierung ausdrücklich nicht erfasst werden.

Praxisbeispiel 2 – Krankengeld

LP ist alleinlebend und kinderlos.

Neuantrag ambulant betreutes Wohnen ab 01.04.2021

Einkommenssituation laut Aktenlage:

- seit 07/2020 laufender Krankengeldbezug
- Vorvorjahr 2019: Erwerbseinkommen 40.000 € brutto/Jahr

Frage:

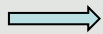
Muss die LP ab 01.04.2021 einen Kostenbeitrag zu den Leistungen der Eingliederungshilfe leisten?

Lösungsbeispiel 2 - Krankengeld:

1. Schritt

2019: Erwerbseinkommen = § 19 Abs.1 S.1 Nr. 1 EStG

2021: Krankengeld = steuerfrei nach § 3 Nr.1a EStG



**erhebliche Änderung zum Vorvorjahr
Jahresbruttoeinkommen für das Jahr 2021 prognostizieren**

2. Schritt:

berechnungsrelevantes Jahresbruttoeinkommen 2021 geschätzt

- keine berechnungsrelevanten Einkünfte, da Krankengeld als steuerfreie Leistung lediglich dem Progressionsvorbehalt unterliegt

3. Schritt:

da bereits kein steuerbares Einkommen, entfällt Prüfung der Zuordnung nach § 136 Abs.2 Satz 1 Nr.1-3, Satz 2 SGB IX

4. Schritt:

kein KOB ab 01.04.2021

weitere nicht steuerbare Einkünfte:

- **steuerfreie Leistungen nach § 3 EStG wie z.B:**
 - Leistungen aus einer Pflegeversicherung
 - Wohngeld
 - gesetzliche Unfallrente
 - Übergangsgeld
 - Mutterschaftsgeld
 - Arbeitslosengeld 1
 - Kurzarbeitergeld
 - Insolvenzgeld
 - Coronazuschuss Arbeitgeber bis zu einem Betrag von 1.500 € (bis 30.06.21)
 - Kindergeld
 - SGB II-Leistungen
 - Beitragszuschuss Rentenversicherung zur Krankenversicherung
- **Erbschaftszahlungen (nicht steuerbar im EStG)**
- **Steuererstattungen**
- **etc.**

Praxisbeispiel 3 – Rentennachzahlung lfd. Hilfebezug

LP erhält laufend Leistungen der EGH ohne Zahlung eines KOB

Einkommenssituation lt. Aktenlage:

- 2019: Erwerbstätigkeit 50.000 € brutto/Jahr, seit 01/20 Krankengeldbezug bis 02/2021
- Bewilligung volle EMR ab 01.03.2021 laufend mtl. 1.500 €/brutto
- Nachzahlung volle EMR in Höhe von 10.000 € im Februar 2021

Frage:

Muss die LP aufgrund der geänderten Einkommensverhältnisse einen Kostenbeitrag zahlen?

Lösungsbeispiel 3 – Rentennachzahlung

1. Schritt

2019: Erwerbseinkommen = § 19 Abs.1 S.1 Nr. 1 EStG
2021: Krankengeld = steuerfrei nach § 3 Nr. 1a EStG
volle EMR = sonstige Einkünfte § 22 Nr.1 EStG



erhebliche Änderung im laufenden Jahr 2021

2. Schritt:

relevante Jahresbruttoeinkünfte 2021 geschätzt

• volle EMR abzgl. Werbungskosten 102 € (§ 9a Satz 1 Nr.3 EStG)	24.898 €
Jahresbrutto gesamt	24.898 €

3. Schritt:

überwiegendes Einkommen aus Renteneinkünften

Einkommensgrenze § 136 Abs.2 Satz 1 Nr. 3 SGB IX:	23.688 €
(= 60% der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs.1 SGB IV , Jahr 2021 West: 39.480 €)	

4. Schritt:

übersteigendes Einkommen

1.210 €

KOB rückwirkend ab 01.01.2021 (2% von 1.210 abgerundet auf volle 10€) **20 €**

Die Besteuerung von Renten erfolgt im Zuflusszeitpunkt.

Das gilt auch für Rentennachzahlungen für frühere Jahre.

→ Die Anrechnung der Renten erfolgt im Rahmen der KOB-Berechnung nach § § 135ff. SGB IX in dem Jahr, in welchem sie versteuert werden.

Achtung:

Zinsen aus der Rentennachzahlung = Einnahmen aus Kapitalvermögen i.S.d. § 20 Abs.1 Nr. 7 EStG sind steuerbar und bei der Berechnung zu berücksichtigen

Praxisbeispiel 4 – Ehegattenunterhalt

LP, geschieden und kinderlos, stellt EGH-Antrag ab 01.03.2021

Einkommenssituation im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorvorjahr 2019 unverändert:

- Ehegattenunterhalt 12.000 € brutto/Jahr
- Erwerbseinkommen 33.000 € brutto/Jahr

Der Unterhalt wird vom geschiedenen Ehemann in der Steuererklärung als Sonderausgabe geltend gemacht und auch von der LP bei der Steuererklärung als Einkommen aufgeführt.

Frage: Muss die LP ab 01.03.2021 einen Kostenbeitrag zahlen?

Lösungsbeispiel 4 – Ehegattenunterhalt

1. Schritt: Einkünfte nichtselbst. Tätigkeit = § 19 Abs.1 S.1 Nr. 1 EStG
Ehegattenunterhalt = § 22 Nr.1 EStG

2. Schritt: **berechnungsrelevante Jahresbruttoeinkünfte 2019**

• Erwerbseinkommen abzgl. Werbungskosten 1.000 € (§ 9a S.1 Nr.1a EStG)	32.000 €
• <u>Ehegattenunterhalt abzgl. Werbungskosten 102 € (§ 9a S. 1 Nr.3 EStG)</u>	<u>11.898 €</u>
Jahresbrutto gesamt	43.898 €

3. Schritt: **überwiegend Einkünfte aus soz.vers.pfl. Beschäftigung**

Einkommengrenze § 136 Abs.2 Satz 1 Nr. 1 SGB IX: **33.558 €**
(= 85 % der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs.1 SGB IV; Jahr 2021 West: 39.480 €)

4. Schritt: **übersteigendes Einkommen** **10.340 €**

KOB ab 01.03.2021 (2% von 10.340 € = 206,80 €, abgerundet auf volle 10€) **200 €**

Praxisbeispiel 5 – Ehegattenunterhalt (Abwandlung)

LP, geschieden und kinderlos, stellt EGH-Antrag ab 01.03.2021

Einkommenssituation im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorvorjahr 2019 unverändert:

- Ehegattenunterhalt 12.000 € brutto/Jahr
- Erwerbseinkommen 33.000 € brutto/Jahr

Der Unterhalt wird vom geschiedenen Ehemann in der Steuererklärung **nicht** als **Sonderausgabe**, sondern lediglich als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht.

Frage: Muss die LP ab 01.03.2021 einen Kostenbeitrag zahlen?

Lösungsbeispiel 5 – Ehegattenunterhalt (Abwandlung)

1. Schritt: Erwerbseinkommen = § 19 Abs.1 S.1 Nr. 1 EStG
Ehegattenunterhalt = hier: nicht steuerpflichtig

2. Schritt: **berechnungsrelevante Jahresbruttoeinkünfte 2019**

Erwerbseinkommen abzgl. Werbungskosten 1.000 €	32.000 €
Jahresbrutto gesamt	32.000 €

3. Schritt: **überwiegend Einkünfte aus soz.vers.pfl. Beschäftigung**

Einkommensgrenze § 136 Abs.2 Satz 1 Nr. 1 SGB IX **33.558 €**
(= 85 % der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs.1 SGB IV; Jahr 2021 West: 39.480 €)

4. Schritt: **übersteigendes Einkommen** **0 €**

→ kein KOB ab 01.03.2021

Ehegattenunterhalt /Trennungsunterhalt ist nur dann für die Berechnung des Kostenbeitrags relevant, wenn

➤ **der Unterhaltspflichtige diese bei der Einkommenssteuererklärung als Sonderausgaben geltend macht (Anlage U, Abschnitt A)**

+

➤ **die unterhaltsberechtigte Person diese in ihrer eigenen Steuererklärung in der Anlage SO als sonstige Einkünfte angibt**

+

➤ **die (unwiderrufliche) Zustimmung des Unterhaltsempfängers per Unterschrift (Anlage U Abschnitt) erfolgt ist**

Nicht steuerpflichtig ist der für Kinder gezahlte Unterhalt (§ 22 Nr. 1 Satz 2 EStG).

Praxisbeispiel 6 – Altersvorsorge betrieblich/privat

LP beantragt Leistungen der EGH ab 01.04.2021:

Bruttoeinkünfte im Vorvorjahr 2019:

- Rente wegen voller Erwerbsminderung: 18.000 € brutto/Jahr
- BVK-Rente: 2.500 € brutto/Jahr
- private Rentenversicherung 2.500 € brutto/Jahr

Die Einkünfte haben sich lediglich im Rahmen der jährlichen Rentenanpassungen erhöht.

Frage: Wie hoch ist der zu zahlende Kostenbeitrag ab 01.04.2021?

Lösungsbeispiel 6 – Altersvorsorge betrieblich/privat

- 1. Schritt:** volle EMR = sonstige Einkünfte § 22 Nr.1 EStG
BVK-Rente = sonstige Einkünfte § 22 Nr.1 EStG
private Altersvorsorge = sonstige Einkünfte § 22 Nr.5 EStG

2. Schritt: berechnungsrelevante Jahresbruttoeinkünfte 2019

• EMR abzgl. Werbungskosten 102 € (§ 9a Satz 1 Nr.3 EStG)	17.898 €
• BVK Rente	2.500 €
• <u>private Altersvorsorge</u>	2.500 €
Jahresbrutto gesamt	22.898 €

3. Schritt: überwiegend Einkommen aus Renteneinkünften

Einkommengrenze § 136 Abs.2 Satz 1 Nr. 3 SGB IX: **23.688 €**

(= 60 % der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs.1 SGB IV; Jahr 2021 West: 39.480 €)

**4. Schritt: übersteigendes Einkommen:
kein KOB ab 01.04.2021**

0 €

Praxisbeispiel 7 – Firmenpension

LP erhält EGH und musste bis 12/19 einen mtl. KOB in Höhe von 150 € leisten.

Bruttoeinkünfte im Vorvorjahr 2018:

- Rente wegen voller Erwerbsminderung: 16.000 € brutto/Jahr
- Firmenpension: 6.000 € brutto/Jahr

Die Einkünfte haben sich lediglich im Rahmen der jährlichen Rentenanpassungen erhöht.

Frage: Wie hoch ist der zu zahlende Kostenbeitrag ab 01.01.2020?

Lösungsbeispiel 7 - Firmenpension:

1. Schritt: volle EMR = sonstige Einkünfte § 22 Nr.1 EStG
Firmenpension = Einkünfte nichtselbst. Arbeit § 19 Abs.1 S.1 Nr.3 EStG

2. Schritt: berechnungsrelevante Jahresbruttoeinkünfte 2018

• volle EMR abzgl. Werbungskosten 102 € (§ 9a Satz 1 Nr.3 EStG)	15.898 €
• Firmenpension abzgl. Werbungskosten 102 € (§ 9a Satz 1 Nr. 1b EStG) (sowie ggf. abzgl. Versorgungsfreibetrag+Zuschlag nach § 19 EStG)	1.998 €
Jahresbrutto gesamt	17.896 €

3. Schritt: überwiegend Einkommen aus Renteneinkünften

Einkommengrenze § 136 Abs.2 Satz 1 Nr. 3 SGB IX: **22.932 €**

(= 60 % der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs.1 SGB IV; Jahr 2020 West: 38.220 €)

4. Schritt: übersteigendes Einkommen: **0 €**
kein KOB ab 01.01.2020

Praxisbeispiel 8 - Erbschaft

Die LP erhält laufend Leistungen der EGH sowie mtl. Grundsicherung (4.Kap.SGB XII) in Höhe von 1.000 €.

Sie verfügt über kein Einkommen und Vermögen.

Am 15.03.2021 wurde ein Betrag in Höhe von 55.000 € aus einem Pflichtteilsanspruch (Erbschaft) auf das Konto der LP überwiesen.

Frage:

Inwiefern wirkt sich die Auszahlung auf die laufende Hilfestellung nach dem SGB IX/SGB XII aus? Muss die LP aufgrund der Pflichtteilsauszahlung mit der Zahlung eines KOB rechnen?

Lösungsbeispiel 8 - Erbschaft (1)

a.) Leistungen der Eingliederungshilfe - SGB IX

Pflichtteilsauszahlung/Erbschaft während laufender Hilfegewährung
= **Vermögen** nach § 139 SGB IX

→ Vermögensfreibetrag im Jahr 2021: **59.220 €**

→ Vermögen liegt unter VM-Freibetrag → **kein KOB**

Achtung:

Zinserträge aus dem Pflichtteilsanspruch/Erbschaft sind steuerpflichtig und bei der Berechnung des KOB zu berücksichtigen

Lösungsbeispiel 8 - Erbschaft (2)

b.) Leistungen der Grundsicherung – SGB XII

Pflichtteilsauszahlung/Erbschaft während laufender Hilfestellung = **Einkommen** nach § 82 SGB XII in Form einer Einmalzahlung (§ 82 Abs.7 SGB XII)

1. hier: Aufteilung auf 6 Monate im Folgemonat des Zuflusses, danach Vermögen (entspricht 9.166,67 €/Monat)
2. 9.166,67 € > mtl. Bedarf i.H.v. 1.000 €
3. hier: mtl. Bedarf kann mehr als 6 Monate aus der Einmalzahlung gedeckt werden
4. → Einstellung der Grundsicherungsleistungen ab 01.04.2021

Erhält die LP neben Leistungen der EGH nach dem SGB IX Leistungen der Grundsicherung/Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII, SGB II oder 27 c BVG ist ein Kostenbeitrag für die Leistungen der Eingliederungshilfe nicht aufzubringen (§ 138 Abs.1 Nr.8 SGB IX).

neue Abgrenzung Einkommen/Vermögen

SGB XII

Auszahlung Erbschaft

EK oder VM
(Abgrenzung nach
Zeitpunkt Erbfall)

Verkauf PKW

Zufluss VM
(Versilberung)

Rückzahlung Schenkung

EK

Lottogewinn

EK

Pflichtteilauszahlung

EK
(bei Zufluss im
Hilfebezug)

SGB IX

Zufluss VM

EK oder VM (privates
Veräußerungsgeschäft)

Zufluss VM

Zufluss VM

Zufluss VM

Praxisbeispiel 9 – Lebenslagenmodell

LP (45 Jahre, verheiratet) mit Jahresbruttogehalt von 40.000 €
Antrag ambulante EGH ab 01.03.2021 sowie Leistungen der ambulanten Hilfe zur Pflege.

Die Ehefrau verfügt über Renteneinkünfte in Höhe von 12.000€/Jahr

Die Einkünfte haben sich im Vergleich zum Vorvorjahr 2019 nicht erheblich geändert.

Frage:

Wie hoch ist der zu zahlende Kostenbeitrag zu den Leistungen der EGH und Hilfe zur Pflege?

Lösungsbeispiel 9 - Lebenslagenmodell:

<u>1.Schritt</u>	Erwerbseinkommen § 19 Abs.1 S.1 Nr. 1 EStG	
<u>2. Schritt:</u>	berechnungsrelevantes Jahresbruttoeinkommen aus 2019	
	• Erwerbseinkommen LP abzgl. Werbungskostenpauschale 1.000 €	39.000 €
<u>3. Schritt:</u>	überwiegend Einkünfte aus soz.vers.pfl. Beschäftigung Einkommensgrenze § 136 Abs.2 Satz 1 Nr. 1 SGB IX: (= 85% der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs.1 SGB IV; Jahr 2021 West: 39.480)	33.558 €
<u>4.Schritt:</u>	Rente Ehefrau abzgl. 102 € Werbungskostenpauschale	11.898 €
<u>5.Schritt:</u>	EK-Grenze Ehefrau § 136 Abs.2 S.1 Nr.3 SGB IX	23.688 €
<u>6.Schritt</u>	Zuschlag § 136 Abs.3 SGB IX EK-Grenze Partnereinkommen (=15% der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs.1 SGB IV)	5.922 €
<u>7. Schritt</u>	Einkommensgrenze gesamt	39.480 €
<u>8.Schritt</u>	übersteigendes Einkommen → kein KOB	0 €

Sonderregelung nach § 103 SGB IX (EinglH + HzPfl)

„Lebenslagenmodell“

Bei Eingliederungshilfe **außerhalb von Einrichtungen** umfasst die Leistung der Eingliederungshilfe auch die häusliche Pflege (§ 103 Abs.2 SGB IX)

- keine gesonderte Gewährung von Hilfe zur Pflege nach SGB XII
- Anwendung der Einkommens- u. Vermögensvorschriften des SGB IX auch für die häusliche Pflege

Achtung: Gilt nicht, wenn die LP vor Vollendung des Regelrentenalters keine Eingliederungshilfe erhalten hat! Es werden dann die Regelungen nach dem SGB XII und SGB IX nebeneinander angewendet (§ 89 Abs.2 SGB XII beachten).

Sonderregelung nach § 103 SGB IX (EinglH + HzPfl)

„Lebenslagenmodell“

Bei Eingliederungshilfe in Einrichtungen umfasst die Leistung der Eingliederungshilfe auch die dort erbrachte Pflegeleistung (§ 103 Abs.1 SGB IX)

- **keine gesonderte Gewährung von Hilfe zur Pflege nach SGB XII**
- **keine Anwendung der Einkommens- u. Vermögensvorschriften des SGB XII für die enthaltene Pflegeleistung**

Praxisbeispiel 10 - Auslandsrente

LP beantragt ab 01.04.2021 Leistungen der EGH.

Sie verfügt über folgende Jahresbruttoeinkünfte im Vorvorjahr 2019:

- österreichische Rente: 2.500 €
- gesetzliche Unfallrente: 6.000 €
- volle EMR: 18.000 €

Eine erhebliche Änderung im Vergleich zum Vorvorjahr liegt nicht vor.

Frage: Muss die LP einen KOB ab 01.04.2021 zahlen?

Lösungsbeispiel 10 - Auslandsrente

1. Schritt

österreichische Rente	= nach DBA steuerfrei
gesetzliche Unfallrente	= steuerfrei nach § 3 Nr. 1a EStG
volle EMR	= sonstige Einkünfte § 22 Nr.1 EStG

2. Schritt:

relevante Jahresbruttoeinkünfte Vorvorjahr 2019

volle EMR	18.000 €
<u>abzgl. Werbungskosten nach § 9a Satz 1 Nr.3 EStG</u>	<u>102 €</u>
Jahresbrutto gesamt	17.898 €

3. Schritt:

überwiegendes Einkommen aus Renteneinkünften

Einkommengrenze § 136 Abs.2 Satz 1 Nr. 3 SGB IX:	23.688 €
--------------------------------------------------	-----------------

(= 60% der jährlichen Bezugsgröße nach § 18 Abs.1 SGB IV; Jahr 2021 West: 39.480 €)

4. Schritt:

übersteigendes Einkommen	0 €
→ kein KOB ab 01.04.2021	

Die Besteuerung von Auslandsrenten ist abhängig vom jeweiligen Land



**Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)
beachten !**

Sofern in Deutschland steuerfrei, bleibt die Rente bei der Berechnung des KOB unberücksichtigt!

Sonderfall: Praxisbeispiel 11 – minderjährige LP

Sachverhalt:

Antrag auf Assistenzleistungen für eine minderjährige LP ab 04.2021,
im Haushalt der Eltern lebend

Jahresbruttoeinkünfte der Eltern unverändert zum Vorvorjahr 2019:

- Mutter: Erwerbseinkommen 21.000 €
- Vater: Erwerbseinkommen 42.000 €

Frage:

Ist mit der Zahlung eines KOB zu rechnen?

Sonderfall: Lösungsbeispiel 11 – minderjährige LP

1. Schritt Erwerbseinkommen der Eltern = Einkünfte § 19 Abs.1 S.1 Nr. 1 EStG

2. Schritt: **relevante Jahresbruttoeinkünfte Vorvorjahr 2019**

Erwerbseinkommen Mutter abzgl. 1.000 € Werbungskosten	20.000 €
Erwerbseinkommen Vater abzgl. 1.000 € Werbungskosten	41.000 €
Jahresbrutto gesamt	61.000 €

3. Schritt: **überwiegendes Einkommen aus soz.vers.pfl. Beschäftigung**

Einkommensgrenze § 136 Abs.2 Satz 1 Nr. 1 SGB IX: 33.558 €
(= 85% der Bezugsgröße nach § 18 Abs.1 SGB IV; Jahr 2021 West: 39.480 €)

4. Schritt: **Zuschlag Einkommensgrenze § 136 Abs.5 SGB IX: 29.610 €**
(= 75% der Bezugsgröße nach § 18 Abs.1 SGB IV; Jahr 2021 West: 39.480 €)

5. Schritt: **Einkommensgrenze (2021) gesamt 63.168 €**

→ kein KOB

Bruttihilfe nur noch in folgenden Fällen:

➤ § 142 Abs.1 und 2 SGB IX

minderjährige LP bei Leistungen über Tag und Nacht oder über Tag (z.B. Heilpädagogische Tagesstätte)

➤ § 142 Abs.3 SGB IX

Volljährige in Einrichtungen mit Vereinbarungen nach § 134 Abs.4 SGB IX (z.B. stationäre Jugendhilfeeinrichtung)

Problemfelder in der praktischen Anwendung:

- **Intention des Gesetzgebers bei der Formulierung § 135 Abs. 1 SGB IX:**
„die **Summe der Einkünfte des Vorvorjahres sowie bei Renteneinkünften die **Bruttorente** des Vorvorjahres.**“

→ Modifizierung der nach § 2 Abs. 2 EStG steuerbaren Renten durch Berücksichtigung der Bruttorente anstelle des Besteuerungsanteils oder Ausweitung auf dem Grunde nach nicht steuerbare Renteneinkünfte?
- **Feststellung steuerpflichtige/steuerfreie Einkünfte (z.B. Auslandsrenten, private Altersvorsorge)**
- **Zuordnungsprobleme (z.B. Waisengeld, etc.)**
- **fehlende Unterlagen (z.B. Einkommenssteuerbescheid)**

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit !**

